

borderline-europe, Sizilien

# SCIROCCO

*Kurzinfo aus Italien*



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

### Politische und soziale Situation

Nach einem Urteil des [Europäischen Gerichtshofs](#) (EuGH) müssen die Mitgliedsstaaten der EU zukünftig das **„Gemeinsame Informationsblatt zu Asylverfahren“** an Geflüchtete weitergeben. Zudem betonte der EuGH die **Notwendigkeit persönlicher Interviews** bei der ersten Asylantragstellung sowie bei Folgeanträgen in anderen EU-Mitgliedsstaaten. Diese Frage sei relevant, denn die Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen könne „unter bestimmten Voraussetzungen die Aufhebung der Überstellungsentscheidung rechtfertigen“, so das Gericht in einem Vermerk vom 30. November.



Foto: Guillaume Périgois, unsplash

Die Entscheidung des Gerichts fiel im Zusammenhang mit einem Antrag italienischer Richter\*innen, die Zweifel bezüglich im Falle mehrerer Asylsuchender aus Afghanistan, dem Irak und Pakistan äußerten, welche nach Erstanträgen in anderen EU-Mitgliedsstaaten in Italien Asyl beantragt hatten.

### Italienischer Haushalt

Die italienische Regierung möchte die Haushaltsmittel für die Unterbringung von Migrant\*innen und unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten zukünftig um **15 Millionen Euro pro Jahr** kürzen. Zeitgleich sollen die Mittel zur Durchführung der in parlamentarischen Anträgen beschlossenen Änderungen halbiert werden. Die freiwerdenden

Gelder sollen in die „nationale Sicherheit“ (Verteidigung) fließen. Dieses Vorhaben wird stark kritisiert, u.a. weil die **Kürzung der Mittel für die Unterbringung von Geflüchteten** unmittelbare Konsequenzen haben wird, welche die bereits **existierenden humanitären Mängeln** des Aufnahmesystems ausweiten werden.

### Das Italien-Albanien-Abkommen

In dem vom Ministerrat auf den Weg gebrachten Ratifizierungsentwurf zu **italienischen Erstaufnahmezentren auf albanischem Boden** (wir berichteten [hier](#)) gibt es eine entscheidende Voraussetzung für die Verankerung des Protokolls: bestimmend ist der Ort, „an dem ein Rettungsschiff operiert“. Somit gelte, wenn die **Rettung Geflüchteter in internationalen Gewässern** stattfindet, das EU-Asylrecht *nicht* und Italien sei legitimiert, Schutzsuchende in einem anderen Land unterzubringen, heißt es [aus Brüssel](#). Das Abkommen sieht Finanzmittel in der Höhe von 87 Millionen Euro vor und die Gesamtausgaben für den Bau der Einrichtungen, die Kosten und die Versetzung der Polizeikräfte, die logistische Ausrüstung und das Asylverfahren sollen laut [Regierungsquellen](#) **200 Millionen nicht übersteigen**. Die Auslagerung der Aufnahmezentren nach Albanien stellt eine weitere Stufe der Abschottung der EU und der **Externalisierung der europäischen Grenze** auf nicht-europäisches Gebiet dar, welche die Rechte und den Schutz von Geflüchteten gefährden. Doch derzeit ist das Verfahren für das Abkommen ausgesetzt, da das albanische Verfassungsgericht den Vorgang prüft. Die [Präsidentin des Verfassungsgerichts](#) Holta Zaçaj dazu: „Das Verfahren zur Ratifizierung des Abkommens ist ausgesetzt, da mehr als ein Viertel der albanischen Abgeordneten uns gebeten hat, die Verfassungsmäßigkeit des zwischen den beiden Ländern unterzeichneten Protokolls zu prüfen. Wir haben festgestellt, dass der Einspruch die Zulässigkeitskriterien erfüllt, und nach unseren Regeln führt dies automatisch zu einer Unterbrechung des parlamentarischen Verfahrens zur Ratifizierung. Ich möchte jedoch klarstellen, dass wir uns nicht mit der Begründetheit des unterzeichneten Protokolls befasst haben.“

## Situation der Geflüchteten

### Herausforderungen für neu angekommene Migrant\*innen in italienischen Gefängnissen

Im letzten Artikel für das Jahr 2023 berichtet die Beratungsstelle für Papierlose „Arci Porco Rosso“ im Rahmen unseres gemeinsamen Monitoringprojektes über Menschen, die in den letzten Jahren irregulär in Italien angekommen sind, und die sich mit einer Reihe von Problemen wie dem Zugang zu Arbeit, Gesundheitsfürsorge, Sozialleistungen und Wohnraum konfrontiert sehen. Sie kommen meist aus Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen in ihren Herkunftsländern und in der Regel ohne Familie oder Freund\*innen in Italien an. Der Mangel an staatlicher und sozialer Unterstützung führt nicht nur zu wirtschaftlicher Prekarität, sondern auch zu einer Verschärfung der strafrechtlichen Gesetze. Schon eine relativ geringfügige Anschuldigung kann dazu führen, dass das Leben eines Menschen völlig aus den Fugen gerät, während bei einer schwerwiegenderen Anschuldigung jahrzehntelange Haft drohen kann. Sehr oft handelt es sich um Situationen, die für eine\*n italienische\*n Staatsbürger\*in oder jemanden mit stabileren Verhältnissen leichter zu lösen wären. Über die Probleme von Migrant\*innen in Haft berichten wir [hier](#).

### Situation an den norditalienischen Grenzen

In **Triest** macht sich der Rückgang der Ankünfte über die sog. Balkanroute bemerkbar. Da sich der Transfer und die Verteilung von Migrant\*innen jedoch nach wie vor schwierig gestaltet, spüren lokale Aufnahmesysteme diesen Rückgang kaum. Stattdessen werden nun noch weniger Menschen umverteilt und **hunderte Menschen absichtlich „in der Kälte (...) auf der Straße gelassen“** wie [Gianfranco Schiavone](#), Präsident des Italienischen Konsortium für Solidarität (ICS) die aktuelle Situation erläutert.

### Das Abschiebehaftgefängnis in Mailand

Das Mailänder Abschiebehaftzentrum (Centro di permanenza e rimpatrio, CPR) in der Via Corelli wurde seit April 2022 von der privaten Firma Martinina aus Pontecagnano Faiano (Salerno) betrieben. Für die Verwaltung des Zentrums hatte sie

im Oktober 2022 einen finanziellen Zuschlag in Höhe von **1,2 Millionen Euro** von der Präfektur erhalten. Gegen die Geschäftsführer\*innen [Consiglia Caruso](#) und [Alessandro Forlenza](#) wird nun wegen „Betrugs bei öffentlichen Aufträgen“ und „Angebotsabsprachen“ ermittelt.



Via Corelli, CPR Mailand, Foto ASGI

**Das CPR selbst wurde von der Staatsanwaltschaft** unter die Verwaltung des Staates gestellt. Es ist nicht das erste Mal, dass das Mailänder CPR in der Kritik steht: Der ehemalige Senator Gregorio De Falco und Freiwilligenverbände haben bereits in der Vergangenheit die Zustände innerhalb des Abschiebegefängnis angeprangert, doch erst im Dezember wurden die Ergebnisse einer Inspektion in einem Bericht des beratenden Experten für Gefängnismedizin, [Nicola Cocco](#), veröffentlicht: Zu den schwerwiegendsten Problemen zählen ein **Mangel an sprachlichen Vermittlungsdiensten, Freizeitangeboten und Medikamenten, eine unzureichende medizinische wie psychologisch-psychiatrische Versorgung und schlechte Nahrung**, die zum Teil „stinkend, verdorben und abgelaufen“ sei. Den Betreiber\*innen des CPR werden dementsprechend falsche Versprechen gegenüber der Präfektur hinsichtlich der Grundversorgung inhaftierter Personen vorgeworfen. Darüber hinaus seien Psychopharmaka missbräuchlich verwendet worden (ein detaillierter Hintergrundartikel zu den Entwicklungen im CPR kann [hier](#) gelesen werden). Ob sich die Lebensumstände innerhalb des Gefängnisses durch die staatliche Verwaltung tatsächlich verändern, bleibt fraglich. Die zahlreichen Notsituationen, Rechtsverletzungen und systematischen Mängel der Vergangenheit weisen auf die **Nutzlosigkeit und Gefährlichkeit dieser Zentren für Migrant\*innen** hin, die abgeschafft werden müssten, wie Valentina Calderone



(Garantin für die Rechte von Personen, denen die Freiheit entzogen wurde, in der Gemeinde Rom) in diesem Artikel treffend zusammenfasst: „Die CPRs wurden 1998 eingerichtet, um Menschen ohne gültiges Aufenthaltsdokument auf europäischem Gebiet festzuhalten. Sie haben im Laufe der Jahre viele Namen geändert, aber nie den Kern dessen, was sie sind (...) Es kommt häufig zu Protesten; Brände oder die Zerstörung ganzer Abschnitte führt häufig zur vollständigen oder teilweisen Schließung dieser Zentren. (...) Der Prozentsatz der Rückführungen lag nie höher als 50% der Inhaftierten, und wenn, wie jetzt, die maximale Aufenthaltsdauer auf 18 Monate erhöht wurde, hat dies nur noch mehr Leid über die Menschen gebracht (...). **Die CPR sind die Maske, hinter der wir das Scheitern unseres Migrationskonzepts verbergen** und die wir zur Schau stellen können, wenn wir uns für unflexibel erklären müssen. (...) Auf der Haut von ein paar hundert Menschen pro Jahr“, so [Calderone](#).

### Situation von Saisonarbeiter\*innen

Zum sog. „Klick-Tag“ haben sich **82.550 migrantische Saisonarbeiter\*innen** (aus Staaten außerhalb der EU) angemeldet – bei einem Kontingent von jeweils 40.000 Plätzen pro Jahr für die Landwirtschaft und das Tourismus-Hotelgewerbe, welche im neuen dreijährigen Dpcm (Dekret des Präsidenten des Ministerrats) vom 27. September 2023 für 2023-2025 vorgesehen sind. Die Zahl der Anfragen überstieg folglich bei weitem die verfügbaren Plätze und bestätigte den **Arbeitskräftemangel im italienischen Agrar- und Landwirtschaftssektor**. Als Pflücker\*innen in der Gemüse-, Obst- und Weinernte oder Traktorfahrer\*innen und Gewächshausarbeiter\*innen stützten ausländische Saisonarbeiter\*innen viele "landwirtschaftliche Bezirke" und sie seien dort ein gut integrierter Bestandteil des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges, erklärt der größte Verband der italienischen Landwirtschaft **„Coldiretti“ (Confederazione Nazionale Coltivatori Diretti)** nach Einsicht in die Zahlen des „Klick-Tag“. Rund **ein Drittel der Lebensmittel im italienischen Landwirtschafts- und Agrarsektor** wird von ausländischen Saisonarbeiter\*innen produziert. Außerdem stellen sie „32% der Gesamtzahl der im Jahr 2022 in diesen

Sektoren benötigten Arbeitstage bereit“, so [Ettore Prandini](#), Präsident von Coldiretti. Die größten Gruppen von Saisonarbeiter\*innen in Italien kämen aus Indien, Marokko, Albanien, Senegal, Pakistan, Tunesien, Nigeria und Mazedonien.



Informelle Landarbeiter\*innen-Siedlung, Foto: [Alberto Biondo](#)

Insgesamt haben italienische Unternehmen verschiedener Sektoren für das Jahr 2024 rund 608.000 Anträge für die „legale Einreise“ von ausländischen Arbeiter\*innen gestellt – das sind **mehr als viermal so viele Anträge wie Plätze**, die von der Regierung Meloni für den gleichen Zeitraum zur Verfügung gestellt wurden (136.000 Plätze). „Dennoch heißt es immer wieder, dass es in Italien "keine Arbeit" und "keinen Platz für alle" gibt“, kommentiert [Matteo Villa](#) des Italienisches Instituts für internationale politische Studien (ISPI) auf Twitter.

Um die Unterbringung der Arbeiter\*innen macht sich niemand Gedanken. Jahr für Jahr werden neue, provisorische ad-hoc Lösungen gefunden: Erst kürzlich wurden die Gänge und Umkleieräume des **städtischen Stadions in Sciacca (Region Agrigent)** in ein **provisorisches Aufnahmezentrum** für rund 20 nordafrikanische Saisonarbeiter\*innen umgewandelt, die in der Olivenernte beschäftigt sind. Die Einrichtung wird von Polizei und Carabinieri überwacht.

„Wenn informelle Siedlungen "privatisiert" werden: die Olivenernte 2023 in Campobello di Mazara gegen die Politik der Zwangsräumungen“ lautet der Titel eines [detaillierten Berichts](#) über die diesjährige **Saisonarbeit in Campobello di Mazara** zwischen September und November. Dieser wurde von Giulia

Gianguzza und Elena Luda vom Sportello Sans Papiers des Arci Porco Rosso verfasst. Im Mai letzten Jahres wurde eine informelle Siedlung in der ehemaligen Zementfabrik Campobello di Mazara in „einer vielfach angeprangerten Art und Weise“ **geräumt**, die insbesondere vom Versagen beteiligter Institutionen geprägt ist. Zugleich wurden betroffene Arbeiter\*innen angeprangert, beschuldigt und sogar zurückgewiesen: Betroffene wurden dadurch noch stärker gefährdet, „weil sie 1) nicht wussten, wo sie unterkommen sollten und sich auf Mittelsmänner "verlassen" mussten 2) sie schließlich in einem Gebäude untergebracht wurden, das faktisch Eigentum ihres Arbeitgebers war, und damit noch stärker der Erpressung, der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Machtdynamik durch Kontrolle ausgesetzt waren; 3) sie die Möglichkeit, sozialrechtliche Unterstützung zu erhalten, aufgrund der zunehmenden Kontrolle und Erpressung drastisch eingeschränkt sahen“, heißt es in dem Bericht. Die **Privatisierung der inoffiziellen Unterbringung sei eine Provokation**, denn „informelle Siedlungen entstehen oft auf privatem Grund und Boden, vielleicht sogar im Zentrum von Kontroversen, wie z.B. in der ehemaligen Zementfabrik“. Ein Bewohner kommentiert den Anblick der Überreste seines Hauses, einer Hütte, die von einem Bulldozer auf Befehl der Präfektur von Trapani dem Erdboden gleichgemacht wurde, lediglich mit den Worten „(E)s ist nicht einfach“.

In unserem Magazin „[Streiflicht Italien – Zonen der Rechtslosigkeit](#)“ findet sich ein Bericht über die Lebensrealität migrantischer Erntehelfer\*innen im ehemaligen Camp von Campobello di Mazara auf Sizilien.

### **Zum Jahresende 2023**

Ein Jahr geht zu Ende... Leider gab es auch in 2023 nicht viel Gutes zu berichten, doch wir, gemeinsam mit unserem Netzwerk, werden auch im Jahr 2024 all unsere Bemühungen daran setzen, von Menschenrechtsverletzungen in Italien und den Kämpfen gegen diese zu berichten! [Hier](#) könnt ihr nochmal das Jahr in unseren Scirocco-Ausgaben Revue passieren lassen!

Wir wünschen Euch und Ihnen ein paar geruhige Tage und wir „lesen uns“ wieder in unserer nächsten Scirocco - Ausgabe Mitte Januar 2024!

**Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Zonen der Rechtslosigkeit“](#) sowie in unseren neuen Podcastfolgen „[Al confine](#)“.**

Kontakt

---

[borderline-europe](#)  
**Menschenrechte ohne Grenzen e.V.**  
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash

**PRO ASYL**  
**DER EINZELFALL ZÄHLT.**